Stadt Kamen **Niederschrift**

HFA

über die
1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 01.02.2022
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

Anwesend

Bürgermeisterin
Frau Elke Kappen

SPD
Herr Denis Aschhoff
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Frau Ulrike Skodd
Herr Manfred Wiedemann

CDU
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Wilhelm Kemna
Herr Ralf Langner
Frau Susanne Middendorf

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Anke Dörlemann
Herr Marian-Rouven Madeja

FDP
Frau Heike Schaumann

FW Kamen
Herr Dennis Kobus

DIE LINKE / GAL
Herr Klaus-Dieter Grosch

fraktionslos
Herr Ulrich Lehmann

Verwaltung
Herr Dietmar Lerch
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Sabrina Lohsträter
Frau Ingelore Peppmeier
Frau Hanna Schulze
Herr Ralf Tost
Herr Christoph Watolla

Personalrat
Frau Katja Löbbe
Herr Frank Richard

Gäste
Herr Tristan Richter, Stadt Schwerte

Entschuldigt fehlten
Frau Carina Feige
Frau Sandra Heinrichsen

Bürgermeisterin **Kappen** begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Auf Vorschlag der Verwaltung wurde die Tagesordnung einvernehmlich wie folgt geändert:
Tagesordnungspunkte

Die Tagesordnungspunkte
- 5 – Bebauungsplan Nr. 73 Ka „Erweiterung Industrie- und Gewerbegebiet Hemsack“ - hier: Satzungsbeschluss

- 6 – Brandschutzbericht
(Krankheits- sowie dienstbedingte Verschiebung in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses)

wurden von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Tagesordnungspunkt 7 - Teilnahme der Stadt Kamen an der Interkommunalen Zusammenarbeit Smart Region Kreis Unna (IKZ) – wurde vorgezogen und an TOP 2 behandelt.

Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte änderte sich entsprechend.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Teilnahme der Stadt Kamen an der Interkommunalen Zusammenarbeit Smart Region Kreis Unna (IKZ)	006/2022
3	Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den mündlichen Prüfungen im Abitur der Gesamtschule und des Städt. Gymnasiums	001/2022
4	Bebauungsplan Nr. 77 Ka – „Lünener Straße/ Töddinghauser Straße“ hier: Aufstellungsbeschluss	002/2022
5	Bebauungsplan Nr. 07 Ka-SK – „Buschweg“ hier: Aufstellungsbeschluss	003/2022
6	Freiwillige Haushaltskonsolidierung hier: Antrag der Fraktion Freie Wähler	
7	Taxistand für Elektroautos hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW	008/2022
8	Sondernutzungsgebühren bei Baumaßnahmen an Baudenkmalen hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW	
9	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Versetzung eines Beamten in den Ruhestand auf Antrag	010/2022
2	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
3	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.
006/2022 Teilnahme der Stadt Kamen an der Interkommunalen Zusammenarbeit Smart Region Kreis Unna (IKZ)

Frau **Peppmeier** verwies auf den Kreistagsbeschluss im Sommer 2021 und gab einen kurzen Überblick zum Thema.
Sie betonte, dass es um einen Initialbeschluss zur Vorbereitung einer interkommunalen Projektarbeit gehe. Die Details würden nach Bestandsaufnahme in den beteiligten Kommunen in einer gesonderten Vereinbarung, die den Rat erneut erreiche, geregelt. Voraussetzung sei zudem die Bewilligung von Fördermitteln, die der Kreis beantragt habe. Operativ solle Schwerte den Prozess steuern, weil hier bereits seit 2019 Grundlagenerfahrungen auch aus der Zusammenarbeit mit Dortmund vorlägen.

Herr **Richter** erläuterte das Projekt anhand einer Präsentation (im Ratsinformationssystem hinterlegt).

Bürgermeisterin **Kappen** fasste die Vorteile der Interkommunalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zusammen.

Für die SPD Fraktion erläuterte Herr **Heidler** die Zustimmung.

Herr **Richter** antwortete detailliert auf die Fragen von Herrn **Madeja** zu offenen Schnittstellen, dem LoRaWAN, einem Datenschutzkonzept und möglichen lokalen Partnern.

Herr **Madeja** machte auf die Bedeutung des Datenschutzes aufmerksam.

Herr **Eisenhardt** befürwortete, dass das Thema „Smarte Region“ im Rahmen von Interkommunaler Zusammenarbeit umgesetzt werde. Zu seinen Fragen zur Auswirkung auf das Onlinezugangsgesetz und zur Projektstruktur führte Herr **Richter** aus, dass die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes aus mehreren Gründen ausgeklammert werde. Die Struktur beschrieb er als eine Art Inhouse Consulting für den Kreis Unna.

Auf Nachfrage von Herrn **Eisenhardt** erklärte Herr **Richter**, dass mit Resilienz in der Region gemeint sei, auf neue Trends und Entwicklungen in der Region einheitlich reagieren zu können und beispielsweise gleiche technische Lösung zu nutzen. Der nicht über die Förderungen abgedeckte finanzielle Aufwand werde vermutlich im Rahmen der Kreisumlage die Kommunen erreichen.

Frau **Peppmeier** ergänzte, dass derzeit noch geklärt werde, ob die finanzielle Beteiligung der Kommunen über die Kreisumlage oder spitz abgerechnet nach jeweiligen Leistungsumfang erfolge.

Bürgermeisterin **Kappen** wies darauf hin, dass es die Bestandsaufnahme mit vorhandenem Personal geleistet werde.

Herr **Tost** machte darauf aufmerksam, dass die bereits jetzt im Rathaus schon wahrgenommenen Aufgaben künftig zum Teil gemeinsam interkommunal umgesetzt werden könnten.

Herr **Dr. Liedtke** benannte als Beispiel für die „Smarte Region“ das LKW-Lenkungskonzept.

Zu den Fragen von Herrn **Kobus** führte Herr **Richter** aus, dass das Hosting im Projekt festgelegt werden müsse. Mit der Stadt Dortmund gebe es eine Vernetzung aber keine einheitliche Plattform.

Ihre Fraktion sehe das Projekt grundsätzlich positiv, so Frau **Dörlemann**. Sie erkundigte sich nach der Beteiligung der politischen Gremien und der Bürger.

Herr **Richter** und Bürgermeisterin **Kappen** wiesen auf die politische Begleitung des Prozesses hin. Neben der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung bei Beschlüssen werde die Politik selbstverständlich fortlaufend informiert.

Auf Nachfrage von Herrn **Lehmann** stellte Herr **Richter** seinen beruflichen Hintergrund vor.

Zur Frage von Herrn **Fuhrmann** erläuterte Bürgermeisterin **Kappen**, dass die Beschlüsse im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit in Absprache mit allen Beteiligten gefasst würden. Die örtlichen Besonderheiten würden im Blick behalten. Es werde aber auch Kompromisse geben.
Sie dankte Herrn Richter für seinen Bericht.

Beschlussempfehlung:

1. Der Rat der Stadt Kamen stimmt der Teilnahme der Stadt Kamen an der interkommunalen Zusammenarbeit Smart Region Kreis Unna (IKZ) mit dem Aufbau einer zentralen Projektleitstelle in Trägerschaft der Stadt Schwerte zu.

2. Die Stadt Kamen beteiligt sich an der Beantragung von Fördermitteln für eine IKZ sowie die fortlaufende Fördermittelakquise im Rahmen von Smart City.

3. Die Bürgermeisterin wird beauftragt die notwendigen Vereinbarungen zu schließen.

Abstimmungsergebnis: Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
001/2022 Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den mündlichen Prüfungen im Abitur der Gesamtschule und des Städt. Gymnasiums

Herr **Heidler** und Herr **Eisenhardt** benannten für Ihre Fraktionen die Vertreter für die Jahre 2022 und 2023.

Beschluss:

Zur Teilnahme an den mündlichen Abiturprüfungen 2022 sowie 2023 werden folgende VertreterInnen benannt:

	2022	2023
Gesamtschule	Frau Brigitte Langer	Herr Dietmar Wünnemann
Städt. Gymnasium	Herr Stefan Helmken	Herr Gökcen Kuru

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
002/2022 Bebauungsplan Nr. 77 Ka – „Lünener Straße/ Töddinghauser Straße“ hier: Aufstellungsbeschluss

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Kamen beschließt:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 77 Ka – „Lünener Straße/ Töddinghauser Straße“ gem. § 2 (1) BauGB (Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des aufzustellenden Bebauungsplanes sind aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich).
2. Die Verwaltung wird mit der Planerarbeitung sowie der Durchführung des Verfahrens beauftragt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
003/2022 Bebauungsplan Nr. 07 Ka-SK – „Buschweg“
hier: Aufstellungsbeschluss

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Kamen beschließt:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 07 Ka-SK – „Buschweg“ gem. § 2 (1) BauGB (Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des aufzustellenden Bebauungsplanes sind aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich).
2. Die Verwaltung wird mit der Planerarbeitung sowie der Durchführung des Verfahrens beauftragt.

Abstimmungsergebnis: Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Freiwillige Haushaltskonsolidierung
hier: Antrag der Fraktion Freie Wähler

Herr **Kobus** erläuterte den Antrag für seine Fraktion.

Herr **Heidler** erklärte für die SPD-Fraktion die Ablehnung des Antrages damit, dass zunächst die Entwicklung im Land, insbesondere mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl, abgewartet werden solle. Er befürwortete die Diskussion im Rahmen des Ältestenrates.

Herr **Eisenhardt** gab zu Bedenken, dass die finanzielle Steuerung neben einem Haushaltssicherungskonzeptes auch immer von äußeren Faktoren und Entwicklungen beeinflusst sei. Auch er plädierte dafür, Entwicklungen auf Landesebene abzuwarten und das Thema in den Ältestenrat einzubringen und zu diskutieren. Die Fraktion könne dem Antrag daher in der Form nicht zustimmen.

Die Fraktion B90/ DIE GRÜNEN bewerte den Antrag grundsätzlich positiv, so Frau **Dörlemann**. Sie fragte nach der Verbindlichkeit der Empfehlungen eines solchen Gremiums.

Herr **Kobus** zeigte sich erfreut über die grundsätzliche Diskussionsbereitschaft und stimmte zu, das Thema im Ältestenrat zu behandeln.

Herr **Grosch** zeigte sich skeptisch. Mit Blick auf das Konnexitätsprinzip sah er den Bundes- und Landesgesetzgeber in der Pflicht zu handeln. Zum jetzigen Zeitpunkt könne er dem Antrag nicht zustimmen.

Herr **Lehmann** unterstützte den Antrag.

Bürgermeisterin **Kappen** stellte klar, dass die Geschäftsordnung die Bildung von Beiräten ermögliche. Wichtig sei, dass Bund und Land die Kommunen finanziell so aufstellen, dass die Infrastruktur erhalten werden könne. Die nicht auskömmliche Finanzierung für die übertragenen Aufgaben sei ein Problem.

Auf Vorschlag der Bürgermeisterin teilte Herr **Kobus** mit, dass auf eine Abstimmung zum Antrag verzichtet werde.

Zu TOP 7.
008/2022 Taxistand für Elektroautos
hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW

Beschluss:

Die Bürgeranregung zum Taxistand für Elektroautos wird zur weiteren Beratung an den Umwelt- und Klimaschutzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
Sondernutzungsgebühren bei Baumaßnahmen an Baudenkmalen
hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW

Herr **Heidler** erklärte für seine Fraktion die Ablehnung der Bürgeranregung. Der Kontext zum coronabedingten Verzicht werde nicht gesehen. Er verwies auf die ordnungspolitische Lenkungsfunktion der Sondernutzungsgebühren.

Herr **Eisenhardt** wandte ein, dass die Baudenkmale in der Innenstadt prägend für das Stadtbild seien, insofern sei die Sanierung positiv und unterstützenswert.

Frau **Schulze** berichtete, dass insgesamt ca. 160 Erlaubnisse nach Sondernutzungssatzung erteilt worden seien. Insgesamt seien Gebühren i.H.v. 24.000 Euro erhoben worden. Aufgrund der Ordnungs- und Regelungsfunktion der Gebühren spreche sich die Verwaltung für die Beibehaltung aus.

Frau **Schaumann** lehnte eine Beschränkung der Abschaffung der Sondernutzungsgebühr auf Baudenkmale ab. Sie plädierte dafür bei einer möglichen Abschaffung nicht zu unterscheiden. Sie machte deutlich, dass eine Abschaffung der Gebühr nicht von einer Anzeigepflicht entbinde.

Frau **Dörlemann** schloss sich der Argumentation ihrer Vorrednerin an und sprach sich aus Gründen der Gleichbehandlung gegen eine Unterscheidung aus.

Herr **Eisenhardt** konnte die Begründung der Verwaltung nicht nachvollziehen und meldete weiteren fraktionsinternen Beratungsbedarf an.

Bürgermeisterin **Kappen** fasste zusammen, dass grundsätzlicher Diskussionsbedarf zu den Sondernutzungsgebühren bestünde und schlug vor, die Bürgeranregung in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu verschieben.

Der Vertagung der Bürgeranregung wurde einvernehmlich zugestimmt.

Zu TOP 9.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

Frau **Schulze** informierte den Ausschuss, dass als ein Baustein des Rettungsdienstbedarfsplanes die Rettungswache in Bergkamen-Rünthe ab sofort in Betrieb genommen worden sei.

Bürgermeisterin **Kappen** stellte Frau Katja Löbbe als neue Personalratsvorsitzende vor.

Anfragen

Anfragen lagen nicht vor.

gez. Kappen
Bürgermeisterin

gez. Watolla
Schriftführer